

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 04/2012

Sammeln Sie **jetzt** vier Unterschriften!

Bis Ende Jahr will die EVP 12'000 Unterschriften zur Erbschaftssteuerreform beisteuern. Das sind 4 Unterschriften pro EVP-Mitglied. Senden Sie uns alle gesammelten Unterschriften umgehen zurück. Herzlichen Dank!

(nh). Bis Ende Jahr will die EVP die nötigen Unterschriften für die Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» beieinander haben. Der EVP fehlen noch 12'000 Unterschriften für ihre Sammelquote. Grosszügig gerechnet – die EVP hat aktuell 4600 Mitglieder – sind das 4 Unterschriften pro EVP-Mitglied. Dürfen wir Sie deshalb bitten, in Ihrem Umfeld, Ihrer Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, im Verein, in der Kirche, etc. vier Unterschriften zu sammeln und uns umgehend zuzusenden? Viele haben bereits zahlreiche Unterschriften zu-

sammengetragen. Dafür ganz herzlichen Dank! Gemeinsam schaffen wir es, die Initiative mit einem sicheren Polster an Unterschriften rechtzeitig einzureichen.

Die EVP-Initiative will eine gerechte und moderate Steuer auf Erbschaften von mehr als 2 Millionen Franken einführen und damit einen Beitrag zur Finanzierung der AHV leisten. Wollen wir lieber höhere Lohnbeiträge, zusätzliche Mehrwertsteuerprozente, Rentenkürzungen oder AHV-Alter 70? Nein? Deshalb jetzt unterschreiben auf www.evpev.ch/bogen!

«Überlebensberater» Johannes Warth

Für besonders eifrige Sammlerinnen und Sammler: Wer bis Ende Oktober mindestens 200 Unterschriften gesammelt hat, ist am 30. November in Solothurn zu einem einzigartigen Event mit dem «Überlebensberater» und «Ermutiger» Johannes Warth inklusive Apéro riche eingeladen.

Sammelwochenende

Machen Sie mit am nationalen Sammelwochenende vom 24. / 25. November. Senden Sie uns alle Bögen umgehend zurück!

- Unterschriftenbogen auf www.evpev.ch/bogen
- Aktuelle Standaktionen auf www.evpev.ch/initiative
- Tipps zum Sammeln auf www.evpev.ch/sammeltipps



Jetzt unterschreiben!
www.erbschaftssteuerreform.ch

Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV»

SAMMEL-O-METER

Sammelstand per 5. Oktober

Sammelziel	110 000	100%
Unterschriften	87 244	79%
Anteil der EVP	19 011	
63.4% der zugesagten EVP-Quote		

84 Mitglieder im Sammelclub

Bronze (20 Unterschriften)	49
Silber (50 Unterschriften)	14
Gold (100 Unterschriften)	11
Platin (200 Unterschriften)	10
Total zugesagte Unterschriften	4780

Top 5 im Sammelclub

Gerhard Kaufmann	669
Regula Streckisen	437
Werner Ninck	238
Markus Romann	215
Reto Gubelmann / Sara Fritz	je 182
www.evpev.ch/sammelclub	

Top 5 im Sektionswettbewerb

EVP Biel	802
EVP Stadt Bern	641
*jev	625
EVP Bezirk Arbon	583
EVP Stadt St.Gallen	572
www.evpev.ch/sektionswettbewerb	

Sammelfrist: noch 4 Monate

KOMMENTAR

Brandschutzmauern

Das Bankgeheimnis ist Geschichte. Verhandelt werden noch die Modalitäten seiner Auflösung. Das ist grundsätzlich positiv. Die Schweiz soll kein Fluchhafen sein für unversteuerte Vermögen. Dennoch bleibt ein ungutes Gefühl. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise hat man sich auf die Bekämpfung der Steuerflucht konzentriert – aber wenig unternommen, um das System krisenfester zu gestalten.

Mit «Basel III» müssen die Banken mehr Eigenkapital halten. Die Schweiz hat die Too-Big-to-fail-Problematik etwas entschärft. Die EU bemüht sich um eine gemeinsame Bankenregulierung. Das ist aber auch schon alles. Viele Probleme bleiben: Die falschen Anreize durch überhöhte Boni, welche zu riskanten Geschäften verleiten. Die Gewissheit jeder grösseren Bank, im Notfall vom Staat gerettet zu werden. Die weltweite Ansteckungsgefahr in einem stark verflochtenen Finanzsystem. Private Ratingagenturen, die über Gedeih und Verderben ganzer Länder entscheiden. Das Geld regiert die Welt – wörtlicher als je zuvor. Die freien Kapitalflüsse definieren zunehmend den engen Handlungsspielraum nationaler Regierungen.

Lernen aus der Krise muss mehr sein als Symptombekämpfung. Wir dürfen nicht ruhen, bis wir im globalen Finanzsystem Brandschutzmauern und Feuerschneisen errichtet haben.

Niklaus Hari, Kommunikation

Anzeige



fachlich fundiert-
zeitlich flexibel

MARTIN BUCER SEMINAR
Reformatorsche Theologie heute www.bucer.ch

Berufsbegleitend
Theologie studieren

Eine ökologische Steuerreform ist wichtig

Am 8. Mai 2006 reichte ich im Nationalrat eine Motion für eine ökologische Steuerreform ein. Diese wurde am 21. März 2007 gegen den Willen des Bundesrates überwiesen. Damit eine Motion zum Auftrag wird, müssen ihr beide Räte zustimmen. Der Ständerat überwies sie am 27. Mai 2009, also nach mehr als zwei Jahren, indem er vom Bundesrat eine Vorlage forderte, welche auch Elemente einer aufkommensneutralen Ökologisierung des Steuersystems zu enthalten hat. Der Nationalrat bestätigte meine Motion in der ergänzten Form am 15. März 2010. Seither ist ihr Inhalt ein Auftrag an den Bundesrat. Im Gegensatz zu Hans-Rudolf Merz hat Eveline Widmer-Schlumpf die Problematik erfasst und treibt das Anliegen voran. Sie bestätigte mir schon vor einiger Zeit schriftlich, dass bei der Vorbereitung ihrer Vorlage ans Parlament meine Motion mitberücksichtigt werde.



Ed Rieben

Mit der ökologischen Steuerreform werden die nicht erneuerbaren Energien verteuert. Der Reinertrag ist zur Senkung der Steuerbelastung der Arbeit (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge) zu verwenden. Auf diese Weise werden die erneuerbaren Energien gefördert und es können zusätzlich Arbeitsplätze geschaffen werden. Unsere Bundespräsidentin verdient es, in ihrem Willen nach einer politischen Lösung unterstützt zu werden. Die von der Grünliberalen Partei lancierte Volksinitiative dürfte bei der Unterschriftensammlung richtigerweise auch deshalb scheitern, weil diese die Abschaffung der Mehrwertsteuer zum Ziel hat.

Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Ihr Demokratieverständnis entspricht etwa jenem von Nordkorea.»

Peter Reinhard im Zürcher Kantonsrat auf die Klage der SP, ein effizienter Ratsbetrieb werde durch die vielen kleinen Fraktionen behindert.

«Das sagt die Bibel (in 1. Tim. 6,11): Die Wurzel aller Übel ist die Gier nach Geld. Und darum sage ich: Stoppt – endlich – die Abzocker!»

E-Mail-Signatur von EVP-Mitglied Georg Radecke aus Winterthur – selbstverständlich in den EVP-Farben.

«Akzeptanz = Schutz vor einem Referendum»

Aus «Vokabular von polit. Modewörtern» von Hans-Ulrich Walder (2006).

PAROLE DER EVP

beschlossen von der Delegiertenversammlung am 25. August in Wil SG:

Änderung des Tierseuchengesetzes

JA

Über die Steuerabkommen wird nicht abgestimmt! Der Bund hat sie provisorisch traktandiert. Doch die Referenden sind nicht zustande gekommen.

EINZAHLUNGSSCHEIN

Dürfen wir Sie bitten, mit dem beiliegenden Einzahlungsschein den Abonnementsbeitrag 2013 fürs «akzente» in der Höhe von CHF 15.00 einzuzahlen. Für die Mitglieder der EVP ist das «akzente» im Zentralbeitrag inbegriffen; dennoch steht es Ihnen selbstverständlich frei, die EVP und das «akzente» auf diesem Weg mit einer Spende zu unterstützen!

AUS DEM INHALT

Ja zum Tierseuchengesetz: Eine längst fällige Anpassung	4
Schluss mit Schwarzgeld: Kein Referendum gegen die Steuerabkommen	5
Weg mit dem Fehlanreiz: Marianne Streiff will den Eigenmietwert abschaffen	6

Mit dem Mut, auch einmal Nein zu sagen

EVP-Kantonsrat René Steiner (SO) hat sich der Bildungspolitik verschrieben. Er kritisiert die Reformflut und den wenig transparenten Zentralismus der EDK.



Kämpft unerschrocken für die Entlastung der Schule: René Steiner.

Du sagst, die ganze Bildungspolitik der letzten Jahre sei ein Skandal. Inwiefern?

In meinen 7 Jahren als Kantonsrat wurden nicht weniger als 8 grössere Schulreformen beschlossen. Die meisten Anliegen sind zwar nachvollziehbar. Doch das Tempo war schlicht zu hoch. Man hat sich übernommen, im Kanton Solothurn auch finanziell. Jetzt will man Bewährtes wie Musik, Werken oder Team-Teaching streichen, um die Reformen bezahlen zu können. Was für ein Irrsinn!

Heute haben Drittklässler mehr Lektionen als noch vor wenigen Jahren Sechstklässler. Verunsicherte Eltern, übermüdete Schüler/-innen, von Papierfluten frustrierte Lehrkräfte sind nur einige der beunruhigenden Auswirkungen. Es braucht jetzt definitiv einen Marschhalt. Und ganz sicher keine neuen «Lehrplan 21»-Experimente. Unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen.

Als EVP haben wir vor zwei Jahren vorgeschlagen, die Frühfremdsprachen zwei Jahre später einzuführen. Das wollte man nicht. Jetzt schiebt man Frühenglisch aus Kostengründen für 2 Jahre auf – obwohl die Lehrkräfte nun mitten in den Ausbildungen sind.

Warum diese Reformitis?

Mit dem Pisa-Schock kam die Hyperaktivität. Es wurden viele Reformen angeschoben. Aber gut ist nicht, was auf dem Papier gut aussieht, sondern was im Schulzimmer ankommt. Denn die Schule ist für die Kinder da und nicht für die Bildungstechnokraten und Reformturbos. Diese müssen den Schulpraktikern im Klassenzimmer wieder auf Augenhöhe begegnen.

Wie wehrst Du Dich im Kantonsrat?

Ich wollte die Belastung der Drittklässler senken, die sechs Lektionen mehr haben als die Zweit-

ZVG klässler. Das Bildungsdepartement hat meinen Vorstoss beantwortet nach dem Motto: «Um den hohen Belastungssprung von der zweiten zur dritten Klasse abzufedern, erhöhen wir einfach die Stundendotation in der ersten und der zweiten.» Begründung: Lehrplan 21. Selbstverständlich mit geschätzten Kosten von mehreren Millionen Franken pro Jahr. Und obwohl der Kanton eigentlich ein Reformmoratorium beschlossen hat. Jetzt kommt Bewegung in die Sache: Die Kommission ist nicht bereit, die Antwort der Regierung zu akzeptieren.

Mit Lehrplan 21 werden 26 Wochenstunden in der 1. Klasse empfohlen. Ist das nicht zuviel?

Der Irrglaube «Viel Schule = gut ausgebildete Kinder» ist verbreitet, aber nachweislich falsch. Im Aargau und Thurgau gehen die Kinder vergleichsweise wenig zur Schule, doch die Kantone gehören im Pisa-Ranking zu den Ersten. Im Tessin ist es genau umgekehrt: viel Schule, wenig Resultat. 70% des Lernens geschieht im informellen Kontext. Doch mit steigender Lektionenzahl wird den Kindern genau dieser informelle Kontext mehr und mehr genommen.

Mit einem zweiten Vorstoss hast Du die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) im Visier.

Bei der EDK fehlen sämtliche Kontrollinstrumente, die in einer Demokratie selbstverständlich sind. Die Mitglieder der EDK sind in dieser Funktion nicht gewählt, es gibt keine Protokolle, kaum Medienöf-

fentlichkeit. Die Parlamente sind ihrer Mitbestimmung beraubt, können nur noch ja oder nein sagen und nur indirekt Einfluss nehmen mit Vorstössen. So wird die Demokratie ausgehebelt.

Unser Regierungsrat hat offen gesagt, mit einem bestimmten Entscheid würde der Kanton in der EDK zur Lachnummer. Das zeigt doch, woher der Druck kommt. Wir Parlamentarier müssen den Mut haben, uns gegen die EDK zu wehren und auch mal etwas abzulehnen. Nur weil es von der EDK kommt, ist es nicht gottgegeben.

Du kritisierst auch die intransparente Finanzierung.

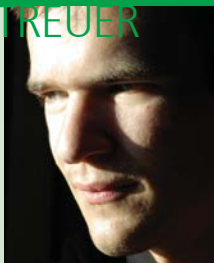
Ich nehme einfach folgendes wahr. Die EDK erhält jährlich 3,25 Millionen Franken vom Kanton Solothurn. Rechnet man dies hoch auf die ganze Schweiz, erhalten die EDK und ihre verschiedenen Regionalkonferenzen 80 bis 100 Millionen Franken. Doch die EDK weist 10 Millionen Kantonsbeiträge aus, die EDK Deutschschweiz gar keine und die EDK Nordwestschweiz veröffentlicht keine Zahlen. Zwei Details am Rande: Die EDK veröffentlicht ihr Budget immer erst im Nachhinein. Und ein Reglement zur Verwendung von Eigenkapital und Überschüssen fehlt. Ich unterstelle niemandem bösen Willen. Aber die demokratische Kontrolle ist mangelhaft.

Wie siehst Du die Rolle der EVP?

Im Kanton Solothurn sind wir die einzigen, die sich seit 4 Jahren konsequent für weniger Reformen einsetzen. Wir müssen auf Missstände hinweisen und unbequem sein, ohne die Betroffenen zu verletzen. Auch wenn wir zuweilen einsame Rufer in der Wüste sind. Das ist eine Gratwanderung. Was macht eine gute Schule aus? Kaum ein Politiker wagt es mehr zu sagen: Gute, motivierte Lehrkräfte und kleinere Schulklassen!

René Steiner, 42

verheiratet mit Sibylle, 3 Kinder
Theologe, Leiter der Vineyard Olten, Kantonsrat Solothurn
Hobbies: Sport, Musik, Zeit am Familientisch



Religionsfreiheit

Zwei Engländerinnen haben ihre Stelle verloren, weil sie ein kleines Kreuz etwas zu sichtbar um den Hals trugen. Die eine arbeitete bei British Airways, die andere war Krankenschwester in einem öffentlichen Spital. Nach erfolglosem Ausschöpfen der britischen Rechtsmittel haben die beiden Frauen den Menschenrechtsgerichtshof angerufen. Das Vereinigte Königreich geht ein grosses Risiko ein, wegen Verletzung der Religionsfreiheit verurteilt zu werden.

Diese Beispiele zeigen exemplarisch die Überempfindlichkeit auf die Äusserung religiöser Überzeugungen in Europa. Auch hierzulande spürt sozialen Druck, wer offen zu seinem Glauben steht und es ist nicht immer leicht, die notwendigen Bewilligungen z.B. für die Benutzung des öffentlichen Grundes zu erhalten. Angesichts dieser Tendenz ist daran zu erinnern, dass die Religionsfreiheit ein Grundrecht ist – das öffentliche Äussern seines Glaubens miteingeschlossen. Das Völkerrecht und die Schweizer Gesetze sind diesbezüglich unmissverständlich.

Darüber hinaus ist das Bekenntnis religiöser Überzeugungen auch ein Mehrwert für die Gesellschaft: die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, mögliche Antworten auf existenzielle Fragen zu kennen. Eine Gesellschaft, welche das Spirituelle ausschliesst, verarmt. Engagieren wir uns deshalb weiter für die freie religiöse Meinungsäusserung und die Zugänglichkeit des öffentlichen Raumes für die Gläubigen!

Michael Mutzner, stv. Generalsekretär der Evang. Allianz in der Westschweiz, Autor der SEA-Stellungnahme «Freiheit zur religiösen Meinungsäusserung».

Längst fällige Anpassung

Die Revision des Tierseuchengesetzes wurde vom Parlament mit einer einzigen Gegenstimme gutgeheissen. Auch die EVP empfiehlt ein Ja zum zeitgemässen Gesetz.

MARIANNE STREIFF,
NATIONALRÄTIN

Das aktuelle Tierseuchengesetz datiert von 1966, ist also fast 50 Jahre alt. Es muss dringend den heutigen Verhältnissen angepasst werden. Problematisch ist beispielsweise, dass der Bund bei hochansteckenden Tierseuchen zwar Viehverluste entschädigen muss, aber kaum Massnahmen gegen die Ausbreitung dieser Seuchen ergreifen kann. National- und Ständerat haben der Revision des Tierseuchengesetzes – mit der Unterstützung der Vertreter des Schweizerischen Bauernverbandes und jener der Biobauern – mit einer einzigen Gegenstimme zugestimmt. Weil von Impfgegnern erfolgreich das Referendum ergriffen worden ist, kommt es am 25. November zur Abstimmung.

Mit der Globalisierung steigt die Seuchengefahr

Das Hauptanliegen der Revision ist eine wirksame Prävention von Tierseuchen. Mit der Zunahme des globalen Tier- und Warenverkehrs steigt die Gefahr, dass sich Infektionskrankheiten und Erreger verbreiten können. Tierseuchen haben heute nicht nur regionale Bedeutung, sondern sind nationale und teilweise transnationale Phänomene. Entsprechend muss der Bund



EVP-Nationalrätin Marianne Streiff ist klar für das neue Gesetz.

eine Führungsrolle übernehmen. Wie wichtig die Vorbeugung ist, hat sich in der Vergangenheit beispielsweise bei der Blauzungenkrankheit oder der Vogelgrippe gezeigt. Einige Seuchen sind mittlerweile nicht nur ein Problem der Landwirtschaft, sondern können auf den Menschen übergreifen und betreffen damit die Volksgesundheit.

Klares Ja der Delegierten

Mit dem neuen Gesetz kann der Bund Früherkennungs- oder Überwachungsprogramme lancieren. Er kann weiter auf die rasche Umsetzung von Seuchenschutzmassnah-

men hinwirken und diese notfalls auch finanzieren. Schliesslich ist der Bund zuständig für die rechtzeitige und zentrale Beschaffung von Impfstoffen und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Finanziert wird dieser Aufwand teilweise mit der Schlachtgabe, welche bereits im Rahmen der Agrarpolitik 2011 beschlossen worden ist und nun als praxistaugliches und kostengünstiges System verankert werden soll. Angesichts dieser überlegten Reformvorschläge haben die EVP-Delegierten in Wil mit 44 zu 24 Stimmen die Ja-Parole für ein zeitgemässes Tierseuchengesetz beschlossen.

MITGLIEDER WERBEN MITGLIEDER

Jedes Mitglied wirbt ein Mitglied!

Die EVP will ihre Mitgliederbasis verstärken und hat dazu bis Ende Jahr eine Aktion «Mitglieder werben Mitglieder» lanciert. Wer bis Ende 2012 mindestens ein neues Mitglied anwirbt, wird im 2013 zu einem Besuch im Bundeshaus samt Imbiss eingeladen oder erhält alternativ ein EVP-Notizbuch. Unter allen Teilnehmenden verlost die EVP zudem vier Reisegutscheine im Wert von CHF 800. Bedingung: Auf der Beitrittserklärung des Neumitglieds muss stehen, von wem es angeworben worden ist. Für die neuen Mitglieder werden 2013 noch keine Beiträge fällig!



Schlussstrich unter die Vergangenheit

Die Referenden gegen die Abgeltungssteuer sind nicht zustande gekommen. Damit treten die Steuerabkommen mit Grossbritannien und Österreich anfangs 2013 in Kraft. Jenem mit Deutschland fehlt die Zustimmung des deutschen Parlamentes.

(nh). Die Referenden gegen die Steuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich sind vom Tisch. Die nötigen Unterschriften wurden knapp verfehlt und eine Abstimmung erübrigt sich. Aufgrund des gedrängten Fahrplans wurde das Abstimmungsbüchlein allerdings bereits gedruckt, inkl. Erläuterungen des Bundesrates zu den Steuerabkommen. Einen Stimmzettel zu dieser Frage werden die Stimmberechtigten aber nicht erhalten. Damit können die Abkommen mit Grossbritannien und Österreich per 1. Januar 2013 in Kraft treten. Mit einer hohen Einmalzahlung auf un versteuerten Vermögen und der Besteuerung künftiger Erträge wird die Vergangenheit bereinigt. Das ist erfreulich aus Sicht der EVP, welche seit ihren Anfängen gegen die Steuerflucht unter dem Deckmantel des Bankgeheimnisses kämpft.

Anders das Abkommen mit Deutschland. Die sozialdemokratisch dominierte Länderkammer

(Bundesrat) wird die nötige Zustimmung Ende November aller Voraussicht nach verweigern. Damit würde der Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz hinfällig. Ob für die SPD die mangelnde Steuergerechtigkeit ausschlaggebend ist oder ob sie der Bundesregierung den Verhandlungserfolg schlicht nicht gönnen mag, bleibt dahingestellt. Was danach kommt, hat als unsicher zu gelten. Die deutsche Opposition will den Druck erhöhen, «Courant normal» antwortet der Bundesrat. Das bedeutet: Amts- und Rechtshilfe gemäss OECD-Standards in langwierigen und aufwändigen Einzelverfahren. Die EVP könnte auch mit einem beschränkten Informationsaustausch leben.

Umstritten ist die Praxis der Datenkäufe, welche bei den Banken für grosse Risiken sorgen. Für den Bundesrat ist der Kauf und die Verwendung gestohlener Daten mit den Abkommen ausgeschlossen. Etwas weniger klar äussern sich britische

Exponenten. Im Wortlaut der Abkommen heisst es, dass sich die Partnerstaaten nicht mehr aktiv um Daten bemühen dürfen. Ausgesprochen ärgerlich ist, dass alle britischen Steueroasen vom Abkommen mit der Schweiz ausgeschlossen sind. Obwohl grundsätzlich Reziprozität vereinbart worden ist, die Schweiz also von der Gegenseite ebenfalls eine Abgeltungssteuer einfordern kann. Eine etwas hartnäckigere Haltung seitens der Schweiz wäre bezüglich der britischen Steuerparadiese durchaus wünschenswert gewesen.



Evelyne Widmer-Schlumpf und Wolfgang Schäuble bei der Unterzeichnung der Verträge.

Verfassung muss respektiert werden

Die EVP will die Ausschaffungsinitiative so umsetzen, dass sowohl dem Initiativtext wie auch den bestehenden Verfassungsgrundsätzen und Menschenrechtsgarantien so weit wie möglich Rechnung getragen wird. Bundesrat und Parlament müssen dafür sorgen, dass nicht andere, ebenfalls von Volksmehrheiten gutgeheissene Verfassungsbestimmungen unter die Räder kommen. Wird der Rechtsstaat missachtet, verkommt die Demokratie zu einem Puzzle von Mehrheitsentscheidungen.

Die genau gleichen Kreise, welche bei der Zweitwohnungsinitiative auf eine laxen Umsetzung drängen und entsprechende Vorstösse eingereicht haben, beharren bei der Ausschaffungsinitiative auf einer wortwörtlichen Umsetzung. Der EVP-Güggel kräht: Das Volk hat offenbar vor allem dann recht, wenn es die eigene Meinung teilt!

Schluss mit der Pauschalbesteuerung

Die EVP unterstützt die Abschaffung der Pauschalbesteuerung: im Nationalrat sowie in den Kantonen Bern und Baselland. Sie ist ungerecht und unter dem Aspekt der Gleichbehandlung verfassungswidrig.

Stopp Heiratsstrafe

Die EVP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat einen neuen Anlauf zur Beseitigung der Ehe- oder Heiratsstrafe unternehmen will. Heute zahlen Verheiratete mehr Steuern als Unverheiratete. Diese Diskriminierung der Ehe ist ungerecht! Stabile familiäre Strukturen sind wertvoll und dürfen nicht bestraft werden. Die EVP wird sich im laufenden Vernehmlassungsverfahren detailliert zur Vorlage äussern.

EVP will leicht erhöhte Mehrwertsteuer

Die EVP ist nicht begeistert von der geplanten Rundfunkabgabe. Immerhin erlaubt sie die Abschaffung der Billag.

(nh). Der Bundesrat will die heutige Empfangsgebühr durch eine geräteunabhängige Abgabe ersetzen, welche grundsätzlich von allen Haushalten geschuldet ist. Die EVP anerkennt die Notwendigkeit eines einfachen Gebührensystems, ist jedoch nicht begeistert von der Rundfunksteuer. Viele im Umfeld der EVP ver-

zichten bewusst aufs Fernsehen. Umso wichtiger, dass die neue Abgabe möglichst effizient erhoben wird. Die EVP wendet sich deshalb gegen sämtliche Ausnahmen. Sozialziele werden besser mit einer moderaten Anpassung von Ergänzungsleistungen und der Sozialhilfe verfolgt. Auch bei den Firmen stellt sich

die Gerechtigkeitsfrage. Unternehmen sollen bereits ab 100'000 Franken Umsatz gebührenpflichtig sein (vorgeschlagen ist ab 500'000).

Heute besteht wenigstens ein minimaler Zusammenhang zwischen geschuldeter Gebühr und bezogener Gegenleistung. Wenn neu alle zahlen müssen, handelt es sich um eine Steuer. Dann ist es am Einfachsten, die ungeliebte Billag zu liquidieren und stattdessen die Mehrwertsteuer um maximal 0.5% anzuheben. Zwar ist die Mehrwertsteuer unsozial, weil sie nur schwach progressiv ist. Das ist aber immer noch besser als die vorgesehene Pauschalabgabe!

Reich befrachtete Herbstsession

Asylgesetz, Agrarpolitik, Amtshilfe: In der Herbstsession haben sich die Räte zahlreicher Vorlagen angenommen. Einige Schwerpunkte und Streiflichter im Überblick.

(nh). Die **Staatsleitungsreform** ist beerdigt. Der Nationalrat will weder mehr Bundesräte noch ein zweijähriges Bundespräsidium.

Asylsuchende sollen zwingend weniger Sozialhilfe erhalten als andere Bezüger/-innen, aber nicht bloss Nothilfe. Renitente Asylsuchende werden in speziellen Zentren untergebracht, Botschaftsgesuche abgeschafft und die Wehrdienstverweigerung nicht mehr als alleiniger Asylgrund anerkannt. Die EVP kann mit den dringlichen Beschlüssen leben.

Der Nationalrat will den Eltern im Normalfall das **gemeinsame Sorgerecht** für die Kinder zuteilen. Bereits wird Kritik laut: die Regelung sei gut gemeint, aber nicht praktikabel, wenn die Eltern zerstritten seien. Das hat die EVP schon in der Vernehmlassung angemerkt...

Die **Suizidhilfe** wird nicht weitergehend geregelt. Das ist tendenziell im Sinn der EVP. Denn legiferieren heisst auch legitimieren. Und die Gefahr ist gross, dass eine neue Regelung eher liberaler wäre.

Angriff auf die **Ladenöffnungszeiten**: Der Ständerat will allen Detailhändlern erlauben, werktags zwischen 6 und 20 Uhr und am Samstag bis 19 Uhr offen zu haben. Ein zweiter Vorstoss zur Aufweichung des Nachtarbeits- und Sonntagsverbots in Tankstellenshops ist hängig.

Agrarpolitik: die Direktzahlungen werden weiterentwickelt. Die EVP unterstützt die Linie des Bundesrates und der Agrarallianz, in der mit Ausnahme des Bauernverbandes alle bäuerlichen Organisationen vertreten sind. Zudem verlängert der Rat das **Gentechnatorium** bis 2017. Viel Geld fliesst auch in die **Bahninfrastruktur** und in **Bildung und Forschung**: die 4-jährigen Zahlungsrahmen werden beschlossen.

Das **Kapitalanlagengesetz** entspricht weitgehend den Bedürfnissen der Banken. Die EVP ist nicht einverstanden. Gemäss **Steueramtshilfegesetz** wird die Schweiz künftig auch bei Gruppenanfragen gemäss neuestem OECD-Standard Amtshilfe leisten. Der **Insiderhandel** wird schärfer geahndet. Gut so! Keine Chance hat die **Initiative 1:12** der JUSO, welche das Lohnverhältnis in Unternehmen entsprechend begrenzen will. Die **Pauschalbesteuerung** wird beibehalten, aber verschärft. Für die EVP das Mindeste.

Fertig beraten ist das **Epidemiegesetz**. Heikelster Punkt: Für gewisse Berufsgruppen können Impfungen obligatorisch erklärt werden, sofern eine erhebliche Gefahr besteht. Die EVP stimmt im Interesse der öffentlichen Gesundheit zu. Der Ständerat beerdigt das **Präventionsgesetz**. Die Angstkampagne des Gewerbeverbandes hat leider gewirkt.

Schweizer Handgranaten in Syrien

EVP-Nationalrätin Maja Ingold (ZH) will vom Bundesrat mittels Interpellation wissen, wie Granaten des Schweizer Rüstungsherstellers Ruag in Syrien landen und dort zum Einsatz kommen konnten. Wie wird die Schweiz auf die widerrechtliche Weitergabe der Vereinigten Arabischen Emirate reagieren?

Geld für Tunesien

In der Fragestunde regt Maja Ingold an, die Potentatengelder Ben Ali's möglichst rasch an Tunesien zurückzugeben. Es gelte das Missverständnis aufzulösen, die Schweiz behalte eigennützig Vermögen von anderen Völkern zurück. Der Bundesrat will die Gelder ebenfalls möglichst rasch retournieren. Weil dabei rechtsstaatliche Grundsätze beachtet werden müssten, benötige das Verfahren aber Zeit.

Vergabepolitik

In der Fragestunde will Marianne Streiff (EVP, BE) wissen, was am Vorwurf der nachlässigen Vergabepolitik des Bundesrates dran sei und was er zu unternehmen gedenke. Zu oft sei keine öffentliche Ausschreibung erfolgt. Der Bundesrat gibt zu, dass es ein Controlling der Vergaberegeln braucht und will dieses bis Ende Jahr einführen.

MOTION

Abschaffung des Eigenmietwerts

Nach der Ablehnung der einseitigen Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» hat Marianne Streiff (EVP, BE) umgehend eine Motion für einen gerechten Systemwechsel eingereicht und damit ein breites Medienecho ausgelöst. Sie will den Eigenmietwert abschaffen und Unterhaltabzüge nur noch zulassen, wenn sie mit Energiesparmassnahmen oder dem Denkmalschutz zusammenhängen. Ersterwerbende sollen die Schuldzinsen während 10 Jahren abziehen können. Streiffs Motion orientiert sich am Gegenvorschlag des Bundesrates zur abgelehnten Initiative und will diesen wieder in die Diskussion einbringen. Der Systemwechsel soll aufkommensneutral sein und – ganz wichtig – Hauseigentümer und Mieter gleich behandeln.



Anzeige

SONNTAG DER VERFOLGTEN KIRCHE

11. November 2012

Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Machen Sie mit!

www.verfolgung.ch

Schweizerische Evangelische Allianz

Réseau évangélique suisse

SONNTAG
DER VERFOLGTEN
KIRCHE

PERSONEN



Neu in der Exekutive

In Rümlang ist Nadja Giuliani für die EVP in den Gemeinderat gewählt worden. Die 30-jährige ist Mutter zweier Kinder.

Neu in der Legislative

In Aarau kommt für Pfarrer Urs Waldmeier sein Sohn Christoph in den Einwohnerrat.

Neue Präsidien

EVP Kanton St.Gallen: Auf Reto F. Denoth folgt Kantonsrat Hans Oppliger.

EVP Uetendorf: Neu leiten Fritz Brönnimann und Fritz Gugger die Sektion im Co-Präsidium. Sie lösen Urs Haldimann ab.

Pro Natura Zürich: EVP-Kantonsrat Gerhard Fischer wird neuer Präsident.

Neu im Sekretariat

Damaris Bär arbeitet neu für die EVP Kanton Aargau. Sie unterstützt Parteisekretärin Esther Manitta. Corina Oppliger folgt auf Reto Gubelmann im Sekretariat der EVP Kanton St.Gallen.

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
19. Jahrgang, Nummer 4, Oktober 2012
 Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber:
 EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7
 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch
 Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder
 Redaktion: Niklaus Hari (nh)

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
 Joel Blunier, Fritz Imhof, Maja Ingold, René Steiner,
 Michael Mutzner, Marianne Streiff, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:
 Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
 Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

WAHLEN

EVP Schaffhausen verteidigt Sitz im Kantonsrat

Gewählt wurde in den Kantonen Schaffhausen, St.Gallen und Bern. Die EVP kann ihre Sitze einigermassen halten.

(nh). Im **Kanton Schaffhausen** wird Rainer Schmidig als Kantonsrat bestätigt. Die EVP erreicht 2.2% Wähleranteil. Trotz 4.14% im Wahlkreis Klettgau reicht es leider nicht für einen zweiten Sitz.

Der Berner Wahlherbst mit zahlreichen Urnengängen in den Gemeinden ist eröffnet: im Parlament von **Biel/Bienne** geht leider ein Sitz verloren. Gewählt sind Christian Löffel und Franziska Molina. In **Wynigen** schafft die EVP bei der ersten Wahlteilnahme fast die Sensation: allein gegen eine gemeinsa-

me Liste von SP, SVP, FDP und BDP erreicht sie 12.2%. Nötig für einen Sitz im Gemeinderat wären 12.5% gewesen. Mitgemacht hat auch Ex-Praktikant Sujeevan Kandasamy.

Im **Kanton St.Gallen** bleibt bei den Kommunalwahlen alles beim Alten. In Grabs wird Katharina Gächter-Eggenberger als Gemeinderätin bestätigt, im Kantonshauptort werden Daniel Bertoldo und Markus Knaus wieder ins Stadtparlament gewählt, in Wil bleibt Kreisparteipräsident Roman Rutz Stadtparlamentarier.

WAHLKAMPF

EVP BS mit Lösungen statt Sprüchen

Nach der EVP Aargau («Damit unsere Religion nicht den Geist aufgibt. EVP. Seit 1919.») präsentiert sich auch die EVP Basel-Stadt vor den Grossratswahlen vom 28. Oktober mit piffigen Slogans: «Lösungen statt Sprüche», «Taten statt Taktik», «Gemeinwohl statt Gier» und «Ausgleich statt Gezänk.»

TERMINE

- 2./3. November 2012** EVP Schweiz, Filzbach GL
Gründerworkshop
- 24./25. Nov. 2012** Sammelwochenende Erbschaftssteuerreform
- 25. November 2012** Eidgenössische Volksabstimmung
- 30. November 2012** EVP Schweiz, Solothurn
Kantonalparteienkonferenz
- 30. November 2012** EVP Schweiz, Solothurn
Cabarettabend mit Mutmacher Johannes Warth
(Club 1000 + Unterschriftensammler)
- 1. Dezember 2012** EVP Schweiz, Solothurn:
Delegiertenversammlung und Zentralvorstand



EVP präsidiert den Thunersee

Alle drei Parlamente rund um den Thunersee werden dieses Jahr von EVP-Parlamentariern präsidiert. Jürg Dällenbach ist höchster Thuner und Stadtratspräsident, Anna Fink ist GGR-Präsidentin von Spiez und David Bühler präsidiert den Grossen Gemeinderat Interlaken. Zur Feier dieser wohl einmaligen Konstellation luden die EVP-Spitzen zu einer gemeinsamen Dampfschiffahrt auf dem Thunersee unter dem Motto «Teilen Sie ein Stück Weg mit uns!»

8888 Unterschriften

Die EVP Kanton Zürich hat ihre Initiative «Mehr Qualität im Unterricht dank kleinerer Klassen (Klassengrössen-Initiative)» mit 8'888 Unterschriften eingereicht. Sie verlangt maximal 20 Schüler und Schülerinnen pro Klasse.

Neues Programm

Eine Programmkommission unter der Leitung von alt Nationalrat Walter Donzé wird sich der Überarbeitung des Schwerpunktprogramms annehmen. Am 1. Juni 2013 sind alle Mitglieder zu einem Fokuspnachmittag (Sammlung von Ideen) eingeladen.

Wahlen 2015

Der ZV hat erste Eckwerte für die Wahlen 2015 beschlossen.

Gründerworkshop

Am 2. und 3. November lädt die EVP Personen mit einem konkreten Gründungsprojekt nach Filzbach/GL ein. Kostenlose Teilnahme! Mehr unter www.evppev.ch > Termine > Gründerworkshop.



Deutungshoheit zurückerlangen

(nh). Unser Bild zeigt die Besucherinnen und Besucher der 7. Bettagskonferenz der EVP Schweiz vom 15. September in Aarau mit dem Titel «Christliche Weltanschauung in der Politik». Zu Beginn präsentierte der Geisteswissenschaftler Hanswalter Stäubli eine brisante These: anti-christliche Ideologien hätten jüdisch-christliche Werte übernommen – und sie pervetiert. So gäbe es auch im Kommunismus einen Sündenfall, einen Opfertod, eine Erlö-

sung und am Schluss ein ewiges Reich. Nur wenn Christen ihre Deutung der Geschichte wieder neu ergreifen und stärker einbringen würden, könne das Christentum seine politische Kraft entfalten.

Antonius Liedhegener, Assistenzprofessor für Politik und Religion an der Universität Luzern, schilderte die Entstehungsgeschichte der Christdemokratie in Europa.

Für Professor Roel Kuiper, Mitglied des niederländischen Senats

und Vertreter der ChristenUnie, einer der EVP nahestehenden Partei, muss sich eine christliche Politik vorrangig darum kümmern «unser Gemeinschaften und unsere Wirtschaft aufzubauen».

Zum Schluss betonte EVP-Parteipräsident Heiner Studer, die EVP werde sich auch künftig als Volkspartei bezeichnen, weil sie mit ihrer Überzeugung Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung ansprechen wolle.

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

4. ausserordentliche DV der EVP Schweiz am Samstag, 1. Dezember 2012, 10.15 bis 13.00 Uhr im Alten Spital in Solothurn.

1. Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
2. Besinnliche Einleitung
3. Grussworte
4. Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
5. Abstimmungsvorlagen
6. Schlusswort des Parteipräsidenten

Anschliessend besteht für Angemeldete die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Die Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident
Heiner Studer

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde mich für die DV vom 1. Dezember an.
(Webanmeldung möglich unter www.evppev.ch > Termine)
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jev-Mitglieder)

Name, Vorname:

Strasse, Nummer:

PLZ und Ort:

Datum:

Unterschrift:

Einsenden bis am 26. November 2012 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7



Johannes Warth

Am Freitag, den 30. November findet im Alten Spital in Solothurn ein einmaliger Event mit dem «Mutmacher» Johannes Warth statt. Wer bis Ende Oktober mindestens 200 Unterschriften zur Erbschaftssteuerreform beigetragen hat oder im Jahr 2012 der EVP Schweiz oder der Kantonalpartei Spenden von insgesamt mind. CHF 1000 hat zukommen lassen, nimmt kostenlos teil, alle anderen sind für CHF 40 dabei. Anmeldung unter www.evppev.ch/warth.